Wer in der Mitte steht, macht sich verdächtig

Persönliche Anmerkungen zur Diskussion über den Nahostkonflikt, nicht ohne Verzweiflung verfasst

Von Yassin Musharbash, DIE ZEIT, 10.07.2025

Die Debatte um den Nahostkonflikt ist, jedenfalls in Deutschland, nicht mit anderen Debatten vergleichbar. Und jedes Mal, wenn dramatische Ereignisse, streitbare Wortmeldungen oder wütende Anschuldigungen sie anfachen, wird mir geradezu körperlich unwohl. Ich bin dann hin- und hergerissen zwischen dem Bedürfnis, mich einzumischen – und der Sorge, was geschehen könnte, wenn ich es tue. Manchmal werde ich gebeten, mich einzubringen: Das ist doch dein Thema!

Ja, ist es. Nur: Was habe ich überhaupt beizutragen? Selbstverständlich habe ich Überzeugungen, sogar Informationen, über die ich Auskunft geben kann. Was ich aber nicht habe, ist eine schlagende Idee für die Heilung des offenkundig gestörten Diskurses. Ich wünschte, ich wüsste, wie er sich reparieren und zu einem anständigeren und ehrlicheren Gespräch formen ließe. Stattdessen habe ich mehr Fragen als Antworten. Und wenn schon nicht Angst, dann eben doch Sorge: dass palästinensische und arabische Freunde mich für ein Weichei halten, jüdische und israelische Freunde mich als naiv abstempeln könnten, wenn ich sage, was ich denke. Von jenen Debattenbevölkerern gar nicht erst zu reden, für die es längst eingeübt ist, verbal gegen jeden loszuschlagen, der irgendetwas sagt, das von ihrer Ansicht über den Nahen Osten abweicht. Aber vielleicht muss man dieses Risiko eingehen. Vielleicht gerade jetzt.

Ich bin jedenfalls lieber Teil eines Versuchs, der Debatte ein wenig von ihrer Unerbittlichkeit und Unfairness zu nehmen, als vor mich hin zu verzweifeln. Dieser Versuch kann scheitern. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, dass unverbrauchte Gedanken Wirkung entfalten. Das wäre eventuell ein Erfolg.

Ich bin Journalist, und ich habe über die Massaker des 7. Oktober 2023 ebenso geschrieben wie über den Krieg im Gazastreifen. Aber ich bin nicht nur Journalist. Ich habe auch arabische Wurzeln. Und ich bin deutscher Staatsbürger seit Geburt, verwurzelt in der deutschen Tradition, aus der schrecklichen Vergangenheit dieses Landes Lehren zu ziehen. Das ist nicht unkompliziert.

Einmal überprüfte ein israelischer Soldat an einem Checkpoint im Westjordanland meinen Pass und befragte mich. »Du bist halb deutsch und halb arabisch? Da ist ja nicht viel zum Liebhaben«, sagte er. Wenn die andere Person ein Gewehr in der Hand hält, ist es schwer zu sagen, ob sie einen Scherz macht. Denkbar. Es schmerzte trotzdem.

Und Anfang 2024 interviewte ich in Berlin-Neukölln eine Gruppe Palästinenser. Ob Proteste geplant seien? Ob sie hingingen? Zunächst war die Unterhaltung entspannt. Dann wurde einer der Männer misstrauisch. Er glaubte mir nicht, dass ich hier aufgewachsen sei und als Journalist arbeitete. Er verdächtigte mich, Undercover-Agent des Mossad zu sein. In diesem Fall eher: kein Scherz.

Viele Menschen haben multiple Identitäten, die sich nicht vollständig in Deckung bringen lassen, weder in ihren eigenen Augen noch in den Augen Dritter. Das ist kein Nachteil. Weil man oft mit einer regelrecht instinktiven Abwehr auf Versuche reagiert, die Welt in Schwarz und Weiß zu malen. Andererseits garantiert eine solche Ausgangsposition ein gewisses Maß an Konfusion, Widersprüchlichkeit, Einsamkeit und Erschöpfung.

Ich habe in meinem Leben mehr Gastfreundschaft durch Palästinenserinnen und Palästinenser erfahren, als ich je werde erwidern können. Aber palästinensischen Freunden zu erklären, wie Israelis und Juden in aller Welt den 7. Oktober 2023 empfunden haben, setzt einige dieser Freundschaften unter Stress. Ich habe mit Israelis in Bunkern Schutz vor Hamas-Raketen gesucht. Aber wenn ich später versuchte, -palästinensisches Leid zu beschreiben, entstand im Gespräch mit ihnen eine unangenehme Stille.

Ich erwähne das, um klarzustellen, dass ich hier ausschließlich für mich spreche. Nicht für diese Zeitung, nicht für die arabische oder palästinensische Community, schon gar nicht für die deutsche Gesellschaft. Ich spreche allein für mich, auf der Grundlage

meiner Erfahrungen. Ich beharre außerdem auf meinem Recht, nicht alles zu wissen und mir selbst zu widersprechen. Anders kann ich gar nicht über diese Debatte reden. Mit Sicherheit weiß ich sowieso nur eines: Ich bevorzuge Ehrlichkeit gegenüber falschen Gewissheiten.

Denn ich glaube, die sind das Grundübel des Nahostdiskurses in Deutschland. Wie oft haben Sie eine Politikerin oder einen Intellektuellen, einen Talkshowgast oder eine protestierende Studentin sagen hören: »Das weiß ich nicht.« Oder: »Darüber muss ich nachdenken.« Oder: »Dazu habe ich keine Meinung, ist kompliziert.« Nicht oft genug, würde ich sagen. Nicht annähernd oft genug.

Was hingegen passiert: Anstatt sich Zeit zu nehmen, um sich zu informieren, zu reflektieren oder Fragen zu stellen, kann man allzu oft einen Drang beobachten, sich in die angenommene Sicherheit einer bereits etablierten Position zu retten, wo man sich hinter anderen verstecken kann. Und auf diese Weise organisieren wir uns alle nach und nach in Lager. Wer in der Mitte steht oder es wagt, mit beiden Seiten zu sprechen oder einige der Prämissen »seines« Lagers zu hinterfragen, der macht sich: **verdächtig**.

Die Folgen zeigen sich täglich. Absurde Übervereinfachungen von Aspekten des Nahostkonflikts werden in der Debatte zu Bestandteilen eines umfassenderen Dogmas. Oder wie Zadie Smith es im *New Yorker*sehr eloquent ausdrückt: »In diesen konstruierten Narrativen gibt es stets eine Reihe von Schibboleths, also Passphrasen, die nicht gesagt werden dürfen, beziehungsweise unbedingt gesagt werden müssen.« Das hier sind zwei dieser Schibboleths:

»Israel ist ein kolonialistisches Projekt.«

»Die Palästinenser sind gar kein Volk.«

Rings um diese Passphrasen werden weitere Glaubenssätze platziert, die spezifischer und mit aktuellen Nachrichten verknüpft sind. Sie funktionieren aber auf ähnliche Art und Weise, insofern nämlich, als es als willkommene Provokation aufgefasst wird, sobald jemand aus dem anderen Lager sie infrage stellt:

»Israel allein ist verantwortlich für die Hungerkatastrophe in Gaza.«

»Die Hamas allein ist verantwortlich für die Hungerkatastrophe in Gaza.«

»Israel begeht einen Genozid.«

»Die Hamas kann den Krieg noch heute durch Kapitulation beenden.«

»Alle palästinensischen Ärzte sind Hamas-Mitglieder.«

»Israel schert sich nicht um zivile Opfer.«

Es ist gar nicht nötig, etwas über die Wahrhaftigkeit dieser Sätze zu sagen, um nachzuvollziehen, wie diese Übervereinfachungen und die Funktion, die ihnen zukommt, dazu führen, dass die Debatte immer weniger die Realität im Nahen Osten zum Gegenstand hat. Stattdessen geht es umso mehr um die Frage, wer was gesagt hat, angeblich gesagt hat oder mutmaßlich sagen wollte – und wie das rechtfertigt, ihn oder sie jeweils unhinterfragbar ins gegnerische Lager einzusortieren.

Als ob es darauf ankäme. Als ob nicht zwei Dinge gleichzeitig wahr sein könnten. Als ob es jemanden zu einem »besseren« Unterstützer Israels macht, wenn er alles abstreitet, was Palästinenser sagen. Als ob es jemanden zu einer »besseren« Unterstützerin der palästinensischen Sache macht, wenn sie alles abstreitet, was Israelis sagen. Als ob es vor Antisemitismus schützt, wenn man Palästinenser entmenschlicht.

Als ob die Welt nicht voller Widersprüche wäre.

2023 war der erste Winter, in dem ich keine Kufija getragen habe. Ein Stück Stoff, das ich mit derselben Selbstverständlichkeit als Schal benutzt habe wie meine Onkel und Großonkel – und das nun von der einen Seite als angebliches Terrorsymbol verunglimpft, von der anderen in einem Akt von *cultural appropriation* als angebliches Zeichen ihrer Version des Widerstands vereinnahmt wird.

Ich glaube, viele Debattenteilnehmer in Deutschland machen es sich zu leicht. Womöglich fehlt einigen der Mut zuzugeben, dass sie nicht genug wissen. Andere wollen gar nicht fair sein; sie gefallen sich darin, jede Äußerung in Munition zu verwandeln.

Seit dem 7. Oktober 2023 habe ich viel Zeit darauf verwandt, arabischen Freunden im Nahen Osten zu erklären, was Staatsräson bedeutet. Oder bedeuten könnte – es ist ja eher eine Idee als ein Konzept oder gar eine Doktrin. Die Gespräche waren anstrengend, mehr als einmal hielt man mir vor, die Deutschen hätten mir das Hirn

gewaschen. Aber oft endeten die Diskussionen auch damit, dass die andere Person konzedierte: »Okay, ich verstehe, ihr Deutschen habt aus eurer Geschichte den Schluss gezogen, dass es eure Verantwortung ist, sicherzustellen, dass Juden in Sicherheit leben und dass deshalb Israel sicher sein muss. Aber hat Deutschland denn gar keine Verantwortung gegenüber den Palästinensern? Verdienen es Palästinenser nicht, in Sicherheit zu leben?«

Das sind berechtigte Fragen. Ich werde nicht versuchen, sie hier zu beantworten. Ich zitiere sie aus einem anderen Grund: Meiner Meinung nach habe ich mir mit diesen Gesprächen das Recht erarbeitet, darauf hinzuweisen, dass es sich auch deutsche Politikerinnen, Beamte und Institutionen gern zu leicht machen.

Im April 2024 etwa beendete die Polizei in Berlin einen sogenannten Palästina-Kongress. Dem früheren griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis wurde die Einreise nach Deutschland verwehrt, er durfte dort nicht reden. Kai Ambos, Jura-Professor an der Universität Göttingen, hat diese und andere administrative Entscheidungen rund um den Kongress analysiert. Er kam zu dem Ergebnis, sie erschienen »überzogen und unverhältnismäßig«. Die Auflösung des Kongresses sei vermutlich rechtswidrig gewesen. Zugleich war das Bundesinnenministerium nicht in der Lage, kohärent zu erklären, wie die Entscheidung zustande gekommen war. Genauso wenig die Entscheidungsträger in Berlin. Ich halte das für ein größeres Problem als die Vorstellung, dass Varoufakis Kontroverses hätte sagen können. Deutschland ist eine stabile Demokratie, es überfordert das Land nicht, wenn Aktivisten radikale Statements machen. Wir werden damit fertig. Also bitte: Lasst uns Varoufakis bestrafen – nachdem er sich strafbar gemacht hat und verurteilt wurde. Eine Regierung, eine Verwaltung, die das Recht auf freie Meinungsäußerung aus Angst einschränken, dass sie als unentschieden im Kampf gegen Antisemitismus dastehen könnten, missverstehen ihre Aufgabe.

Ein anderes Beispiel: Als die vormalige Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger über hundert Hochschuldozentinnen und -dozenten pauschal verdächtigte, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, nachdem diese einen Polizeieinsatz gegen ein Camp von protestierenden Studenten kritisiert hatten. Die Ministerin tadelte sie, weil sie angeblich Täter zu Opfern machten, anstatt sich gegen Antisemitismus zu

wenden. Als wäre es unvorstellbar, ja nicht sogar wahrscheinlicher, dass ein Uni-Dozent gegen Antisemitismus und für das Recht auf friedliche Studentenproteste zugleich ist.

Aufseiten der protestierenden Studierenden kann man übrigens auch ein beunruhigendes Ausmaß falscher Gewissheit finden. An der Berliner Humboldt-Universität etwa nutzten einige Aktivisten die ersten Minuten der Besetzung eines Uni-Gebäudes, um Hamas-Symbolik an die Wände zu schmieren, in Kombination mit Slogans wie *»Resistance is justified«* und Herzchen für die Kassam-Brigaden, den bewaffneten Arm der Hamas.

Ich werde wütend, wenn jemand zu begründen versucht, die Hamas sei keine Terrororganisation. Zivilisten im Namen einer politischen Agenda zu ermorden und zu entführen, ist die Definition von Terrorismus. Ich weiß, dass längst nicht alle Studierenden gleich denken, die an deutschen Unis gegen die israelische Kriegsführung in Gaza demonstrieren. Es ist den Hamas-Apologeten zuzuschreiben, dass ein berechtigtes Anliegen diskreditiert wurde.

Jedes Mal, wenn die Debatte auf diese Art und Weise scheitert, wenn das Lagerdenken ein differenziertes Gespräch verunmöglicht, verlieren letztlich wir alle. Genau darin liegt die erschreckende Macht der falschen Gewissheiten: Ganz allmählich sorgt sie dafür, dass jene aus der Debatte gedrängt werden oder sie freiwillig verlassen, die eigentlich etwas beizutragen hätten, sich jedoch entweder nicht mehr trauen, teilzunehmen – oder die Hoffnung aufgegeben haben, dass die Debatte zu etwas Fruchtbarem führen könnte.

Wir aber hören das Schweigen der fehlenden Stimmen nicht mal mehr. Das Schweigen derer, die nicht in eine Ecke gedrängt werden wollen. Die Angst haben, dass ihnen das Wort im Mund umgedreht wird, dass sie sowieso missverstanden werden.

Ich kenne viele Palästinenserinnen, denen es so geht. Ich kenne Juden, denen es so geht. Manche reagieren empfindlicher als andere auf diesen subjektiven Druck, und nicht jede(r) hat die Ausstattung, sich dem auszusetzen. Es bleibt die tragische Tatsache, dass wir in unserem öffentlichen Gespräch nicht alle hören, die es verdient hätten.

Ja, auch ich bin wütend und entsetzt über die Art und Weise, wie Israel in Gaza Krieg führt. Aber das schmälert meine Empathie für die israelischen Opfer des 7. Oktober und ihre Familien kein Stück. Es heißt nicht, dass ich nicht die Freilassung aller israelischen Geiseln fordere. Ich sehne mich nach einem Frieden im Nahen Osten, der auf Gerechtigkeit beruht – und nicht nur auf Ruhe, damit der Rest der Welt möglichst unbehelligt von schrecklichen Bildern bleibt. Ich stehe nicht »in der Mitte«, was immer das bedeuten soll, aber ich will beide Seiten sehen. Denn für mich ist der Nahostkonflikt keine Partie *Risiko,* die gewonnen werden könnte; er kann nur, er muss beigelegt werden. Deshalb halte ich antiisraelisch nicht für das zwingende Gegenstück zu propalästinensisch. Und andersherum: Proisraelisch muss nicht bedeuten, antipalästinensisch zu sein. Dieses vermeintliche Gegensatzpaar ist eine Täuschung. Das ist, was ich denke. Wen das stört: Pech gehabt.

Aber zur Ehrlichkeit gehört noch mehr. Ich will das mit zwei Erlebnissen illustrieren, die mich nicht loslassen.

Acht Wochen nach dem 7. Oktober 2023 reiste ich nach Israel und traf eine Person, die ich sehr schätze. Ein Mensch, der zwar nicht unbedingt ein Friedensaktivist ist, aber pragmatisch, liberal und aufrichtig, sicherlich kein Sympathisant der aktuellen israelischen Regierung. Während wir zusammensaßen, sagte diese Person: »Wo sind wir jetzt angelangt, bei 20.000 toten Palästinensern? Normalerweise wäre ich darüber schockiert. Aber ich sehe morgens in den Spiegel und fühle nichts.« Und mir war klar: Da beschrieb jemand eine erschütternde Entdeckung über sich selbst.

Das zweite Erlebnis ereignete sich im Frühjahr 2024. Ich schrieb mit Kollegen an einem Dossier in der ZEIT, in dem es um die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen ging, als uns eine Liste mit den Namen der Familien von 26 Kindern erreichte, die laut den Ärzten eines Krankenhauses in Gaza an den Folgen von Unterernährung gestorben waren. Innerhalb weniger Stunden erreichte ich telefonisch mehrere der betroffenen Eltern. Sie bestätigten die Informationen. Aber niemand von ihnen weinte, klagte oder verurteilte Israel. Sie waren alle zu erschöpft dafür.

Warum gerade diese beiden Geschichten?

Mir dienen sie als Erinnerung daran, dass der Konflikt im Nahen Osten real ist. Er ist keine Fototapete für unsere Debatten. Er ist schrecklich, er tötet nicht nur Menschen, er verändert jeden, der betroffen ist. Und das macht die Situation der Menschen nicht nur schmerzhaft, sondern unter Umständen schlicht unverständlich. Der Konflikt wirft Fragen auf, auf die es keine unmittelbaren Antworten gibt. Nicht alles, was wir erfahren, ergibt Sinn. Und es ist in Ordnung, manchmal einfach berührt zu sein. Ohne sofort eine Meinung zu haben